

# Länger leben, länger arbeiten: Warum die Rente JETZT Reformen braucht

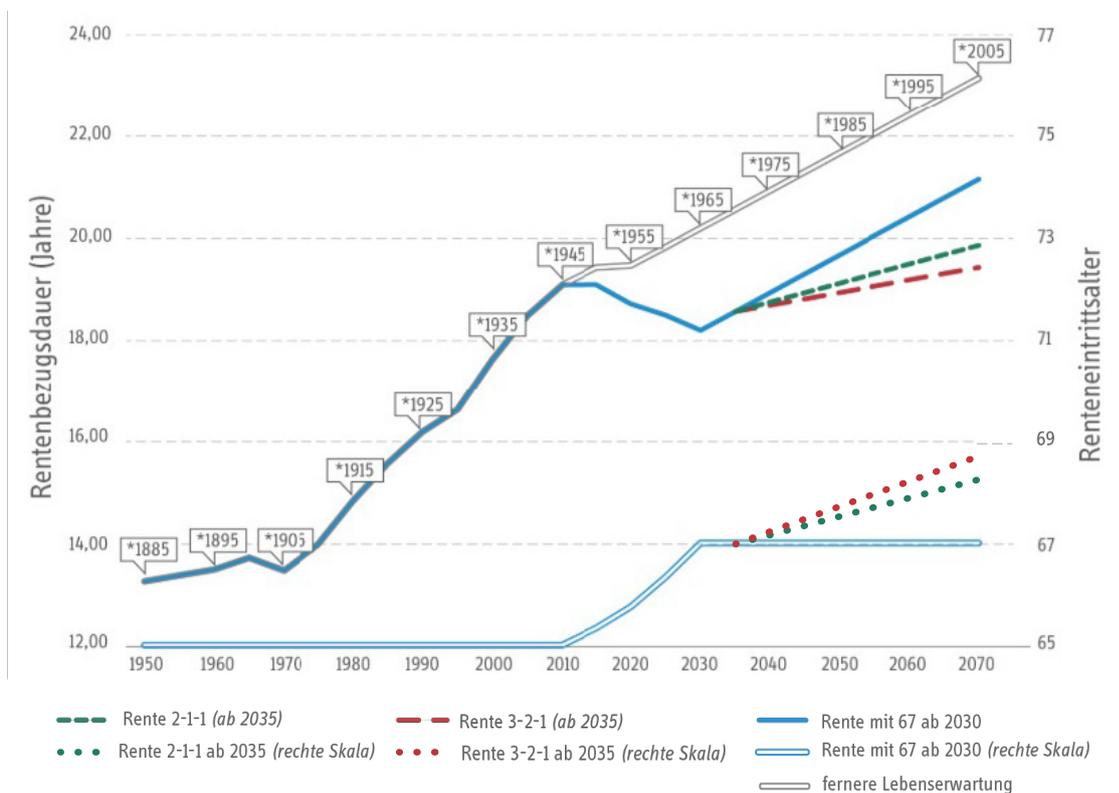
Kontakt: Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt, [praesident@rwi-essen.de](mailto:praesident@rwi-essen.de)

## DER STATUS QUO DER RENTE UND DEREN BEZUGSDAUER

In den 1950er- und 1960er-Jahren lag die fernere Lebenserwartung – also die Zahl der Lebensjahre, die eine Person mit 65 Jahren im Durchschnitt noch erwarten kann – bei rund 14 Jahren. Seit etwa 1970 nimmt die fernere Lebenserwartung stetig zu: Um die Jahrtausendwende lag sie bei etwa 18 Jahren, heute bei annähernd 20 Jahren. Prognosen des Statistischen Bundesamts gehen für 2070 bei „moderatem Anstieg“ von etwas mehr als 23 Jahren aus (siehe Abbildung, umrandete Linie, linke Skala). Da die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) dazu da ist, das Älterwerden materiell abzusichern, werden deswegen für jede Person im Ruhestand deutlich mehr Finanzmittel benötigt.

Frühere Reformen der GRV – vor allem die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre – haben das System zunächst stabilisiert. Die Anhebung des Rentenalters verlief weitgehend geräuschlos und ohne größere gesellschaftliche Widerstände. Lange Vorlaufzeiten und ein über fast 20 Jahre ausgedehnter Anhebungsprozess schufen gesellschaftliche Akzeptanz und sorgten auf beiden Seiten des Arbeitsmarktes für eine verlässliche Planbarkeit. Als Folge der Reform sinkt zwischen 2010 und 2030 die Rentenbezugsdauer von rund 19 auf etwa 18 Jahre (siehe Abbildung, blaue Linie, linke Skala sowie blau transparente Linie, rechte Skala).

## Rentenbezugsdauer und Renteneintritt



Quelle: : Aktualisierung von SVR (2011), Schaubild 55; eigene Berechnungen.

---

## Warum wir in Deutschland jetzt eine neue Reform brauchen?

Ohne neue Reformen wird die Rentenbezugsdauer nach 2030 allerdings wieder stetig steigen. Ursache ist die wachsende fernere Lebenserwartung. Für den Jahrgang 2005, der 2070 seinen 65. Geburtstag feiert, würde daher selbst mit der „Rente mit 67“ eine Rentenbezugsdauer von rund 21 Jahren entstehen. Das ist deutlich länger als bei früheren Jahrgängen und erhöht die Belastung des umlagefinanzierten Rentensystems erheblich. Schließlich handelt es sich um eine „verdeckte“ Rentenerhöhung bedingt durch eine längere Auszahlung. Zugleich wird die Anzahl von Erwerbstätigen pro Rentner stark sinken. Ab Mitte der 2030er-Jahre dürften auf jeden Rentner nur noch zwei Beitragszahler kommen. Auch dies wird die Finanzierungsprobleme weiter verschärfen.

## Wie könnte diese Reform aussehen?

Ein Vorschlag ist die sogenannte „3-2-1“-Formel von [Rausch und Börsch-Supan, 2024](#) (siehe [Abbildung, rote Linien](#)). Sie teilt jedes nach dem 65. Geburtstag zusätzlich gewonnene Lebensjahr so auf: 8 Monate längere Erwerbstätigkeit, 4 Monate längerer Rentenbezug. Diese Regel sollte jetzt beschlossen, aber erst ab etwa 2035 umgesetzt werden. Für den Jahrgang 2005 ergäbe sich damit ein Renteneintrittsalter von etwas unter 69 Jahren. Die erwartete Rentenbezugsdauer läge dann bei über 19 Jahren – ähnlich wie beim Jahrgang 1945. Die Reform würde also künftige Jahrgänge betreffen, nicht heutige Rentner, und wäre ein wesentlicher Beitrag zur Generationengerechtigkeit und finanziellen Stabilität des Rentensystems.

Alternativ wären auch andere Aufteilungen denkbar, z. B. eine hälftige Verteilung (nennen wir sie „2-1-1“) (siehe [Abbildung, grüne Linien](#)), die zu einem Renteneintritt mit 68 Jahren und einer längeren Bezugsdauer führen würde – jedoch mit geringerer Entlastung des Systems.

## Was ist nun politisch geboten?

Die steigende ferne Lebenserwartung erhöht den Handlungsdruck auf die GRV. Eine Reform sollte jetzt auf den Weg gebracht und mit ausreichendem zeitlichen Abstand umgesetzt werden, um – wie schon in den frühen 2000er Jahren – Planbarkeit und Vorlauf zu schaffen. Die Erfahrung zeigt: Werden Veränderungen früh angekündigt und transparent kommuniziert, bleibt der gesellschaftliche Widerstand gering, und politische Gegenmobilisierung fällt schwer.

Unterbleiben rechtzeitige Anpassungen, werden bei weiter steigenden Zuschüssen aus Bundesmitteln nur noch abrupte und drastische Eingriffe mit harten Einschnitten möglich sein. Das würde jedoch genau das Gegenteil von rechtzeitig eingeleiteten Reformen bewirken, nämlich eine Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Miteinanders von Jung und Alt. Das sollten wir vermeiden.

---

### Herausgeber:

RWI – Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Hohenzollernstr. 1-3  
45128 Essen/Germany  
Fon: +49 (0) 201-8149-0

---

Redaktion:  
Dr. Niels Oelgart

---

Layout und Design:  
Magdalena Franke  
© RWI August 2025

---